

Weniger Mobilität – Mehr Wohlstand

Reiner Eichenberger

Unsere Gesellschaft leidet an Übermobilität, weil der Verkehr künstlich verbilligt wird. Der Strassenverkehr verursacht externe Umwelt-, Unfall- und Staukosten von je nach Schätzung 5-8 Mia. CHF, die von der Allgemeinheit getragen werden. Der öffentliche Verkehr wird vom Staat mit rund 6 Mia. CHF subventioniert. Was kann dagegen getan werden? Strassen bauen? Den öffentlichen Verkehr fördern? Offensichtlich Nein! Es gilt, endlich das Verursacherprinzip durchzusetzen, und zwar für alle Verkehrsträger. Der folgende dreistufige Reformvorschlag ist der Schlüssel zu mehr Wohlstand.

Erstens muss der Motorfahrzeugverkehr alle seine externen Kosten zahlen. Das Verursacherprinzip will, dass jeder einzelne Verkehrsteilnehmer die von ihm verursachten gesellschaftlichen Kosten trägt. Nur dann hat er Anreize, die Verkehrsmittel vernünftig zu nutzen. Weil die externen Kosten je nach Fahrzeugtyp, Strasse, Zeit und Verkehrssituation völlig unterschiedlich sind, braucht es ein elektronisches „Road Pricing“, das jedem Autofahrer einen angemessenen Nutzungspreis verrechnet. Dank moderner Technik geht das ohne Verkehrsbehinderung und vergleichsweise günstig. Bei voller Abgeltung der externen Kosten kämen so zwischen 5 und 8 Mia. CHF in die Staatskassen. Solche Strassengebühren entschärfen nicht nur das Umwelt- und Stauproblem ganz wesentlich, sondern vermindern und verlagern das Verkehrsaufkommen so, dass viele Ausbauprojekte einfach überflüssig würden.

Zweitens müssen der private und der öffentliche Verkehr gleichgestellt werden. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass die Strassengebühren in den öV gesteckt werden sollten. Im Gegenteil: Die öV-Subventionen sollten gestrichen werden. Denn wenn der private Verkehr dank Road Pricing für seine Umwelt-, Unfall- und Staukosten voll aufkommt, gibt es keinen Grund mehr, den öV zu subventionieren. Vielmehr sollten dann auch dem öV seine beträchtlichen externen Kosten angelastet werden. Immerhin schneiden laut Studien des Bundes z.B. Regionalzüge im Vergleich mit Autos schlecht ab. Pro Personenkilometer

verbrauchen sie ähnlich viel Energie und zweieinhalb mal soviel Land, und verursachen über fünfmal soviel Lärm.

Drittens müssen die dank Strassengebühren und Subventionskürzung verfügbaren Budgetmittel von 11-14 Mia. CHF sinnvoll eingesetzt werden. So könnten damit die direkten Bundessteuern ganz aufgehoben, oder die Kantonssteuern oder auch die AHV/IV-Beiträge der Arbeitgeber und -nehmer halbiert werden. Noch vorteilhafter dürfte die vollständige Aufhebung der Mehrwertsteuer sein. Ihr Ertrag ist zwar mit gut 17 Mia. CHF etwas höher. Ihre Aufhebung bringt jedoch gewaltige finanzielle und administrative Entlastungen, so dass das Wirtschaftswachstum stark gefördert und so die Lücke bald gefüllt werden kann. Die Aufhebung der MwSt hätte auch einen weiteren, besonders gewichtigen Vorteil. Ohne MwSt könnten die Grenzkontrollen massiv abgebaut und die Güterimporte durch Private viel freier gestaltet werden. Dadurch würden die Importeure und ausländischen Produzenten gezwungen, die weit überhöhten Schweizer Preise dem ausländischen Niveau anzupassen.

Die Widerstände gegen den Vorschlag sind gross. Das Autogewerbe und die öffentlichen Verkehrsbetriebe haben sich an die expliziten und impliziten Subventionen gewöhnt und betrachten sie als wohlverdiente Selbstverständlichkeit. Angesichts ihrer schwerwiegenden Konsequenzen wie Umweltbelastung und Zersiedelung ist es aber höchste Zeit, diese wohl grösste und unsinnigste Subvention unserer Zeit - die Subventionierung der Übermobilität – aufzuheben.

Alternative Ende:

Diese kurzen Überlegungen zeigen, dass eine Verkehrspolitik auf Grundlage des „Verursacherprinzips für alle“ viele wichtige Ziele gleichzeitig erreichen kann: Die heute massiv subventionierte Übermobilität mit all ihren negativen Folgen wie Umweltbelastung und Zersiedelung würde auf das gesellschaftlich richtige Mass zurückgestutzt. Gleichzeitig könnten die Staatsquote und Steuerbelastung gesenkt und dank Marktöffnung die Preisunterschiede zum Ausland abgebaut werden. Höchste Zeit also, die Sache an die Hand zu nehmen.